01.02.2011

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Günther Felbinger FW** vom 15.10.2010

Folgen der Schließung von Bundeswehr- und US-Army-Standorten für die Gemeinden, Städte und Landkreise in Unterfranken

Ich frage die Staatsregierung:

- Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, wie sich die Schließung von Bundeswehr- und US-Army-Standorten seit 1990 auf die betroffenen Kommunen und Landkreise in Unterfranken ausgewirkt hat? Aufgeschlüsselt nach:
 - a) Arbeitsplätzen
 - b) Steueraufkommen
 - c) Wirtschaftskraft der Gemeinden und Landkreise
 - d) demografischer Entwicklung
 - e) Auswirkung auf das Angebot an Bildungseinrichtungen etc. in den Gemeinden, Städten und Landkreisen
- 2. Wie viele Standorte mit welcher Anzahl von dort stationierten Soldaten waren dies seit 1990 (auch evtl. Verlagerungen von Standorten bzw. Truppenreduzierungen)?
- 3. In welchem Umfang hat die Bayerische Staatsregierung in den zurückliegenden 20 Jahren Gemeinden, Städte und Landkreise in Unterfranken dabei unterstützt, den Strukturwandel durch die Schließung von Bundeswehrstandorten zu bewältigen? Wie z. B. in Form von:
 - a) Instrumenten der Wirtschaftsförderung,
 - b) Ansiedlung von Landesbehörden oder untergeordneten Behörden,
 - c) Übernahme von Immobilien der Bundeswehr?

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

vom 07.11.2010

Die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit der Bayerischen Staatskanzlei sowie den Staatsministerien des Innern, der Finanzen, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft, Forschung und Kunst, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wie folgt:

Zu 1.

Im von Antragsteller genannten Zeitraum seit 1991 wurden in Unterfranken die unten (vgl. Punkt II. zu Frage 2 der Anfrage) näher umschriebenen Militärstandorte geschlossen bzw. reduziert. Die nachfolgenden Ausführungen werden sich daher zum Teil auf diese Standorte beschränken. Die hier dargestellten Aussagen zur Entwicklung der betroffenen Regionen basieren vornehmlich auf Daten des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung sowie sonstigen öffentlich zugänglichen Datenbeständen. Ob und inwiefern die dargestellten Entwicklungen von konkreten Standortschließungen in Unterfranken kausal beeinflusst wurden, ist allerdings nicht ermittelbar, zumal die Entwicklung der einzelnen Regionen von einer Vielzahl von – teils entgegengesetzt verlaufenden – regionalen, nationalen und internationalen Entwicklungstrends beeinflusst wird.

Zu den in der Anfrage aufgeworfenen Einzelfragen nehme ich im Übrigen wie folgt Stellung:

Zu 1. a)

Von den von Militärkonversion betroffenen Kommunen weisen im Zeitraum 1990–2009 sechs Städte und Gemeinden eine tendenziell rückläufige Entwicklung bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) auf:

SvB	30.06.1990	30.06.2000	30.06.2009
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Aschaffenburg	39706	39769	43033
Bad Kissingen	11891	11281	10112
Ebern	4199	4013	3849
Giebelstadt	710	1408	2090
Kitzingen	12280	11025	9531
Mellrichstadt	3446	3326	2816
Wildflecken	1222	1293	1073
Würzburg	77510	76223	74838
Landkreis Bad Kissingen	31288	32094	29518
Landkreis Haßberge	21956	24590	23398
Landkreis Kitzingen	25067	26046	26354
Landkreis Rhön-Grabfeld	25431	27239	27606
Landkreis Würzburg	21934	28736	31903
Regierungsbezirk Unterfranken	424861	444586	450207

Zu sonstigen Wirtschafts- und Sozialdaten wird auf die Anlage (Punkt I.1) verwiesen.

Zu 1. b):

In den von Militärkonversion betroffenen neun Kommunen sind im Zeitraum 1990–2009 unterschiedliche Entwicklungen bei der Steuereinnahmekraft pro Einwohner zu verzeichnen:

(Steuereinnahmen in EURO pro Einwohner)	1990	2000	2009
Aschaffenburg	866	929	924
Bad Kissingen	551	635	775
Ebern	484	963	821
Giebelstadt	381	746	634
Kitzingen	574	670	656
Mellrichstadt	412	712	535
Wildflecken	596	713	788
Würzburg	645	696	818
Landkreis Bad Kissingen	378	505	631
Landkreis Haßberge	382	576	680
Landkreis Kitzingen	477	699	760
Landkreis Rhön-Grabfeld	355	524	596
Landkreis Würzburg	420	580	765
Regierungsbezirk Unterfranken	502	652	787

Insgesamt weist die Steuereinnahmekraft in den unterfränkischen Kommunen seit 1990 einen steigenden Trend auf und folgt damit der gesamtbayerischen Entwicklung. Die Entwicklung der Steuereinnahmen in den betroffenen Kommunen ist den in der Anlage enthaltenen Tabellen zu entnehmen (vgl. Anlage Punkt I.2). Inwieweit sich Standortschließungen auf die Steuerkraft einzelner Regionen konkret ausgewirkt haben, kann nicht quantifiziert werden.

Zu 1. c)

Bei der mit dieser Frage abgefragten "Wirtschaftskraft" handelt es sich um eine komplexe, nicht definierte Größe, die in der Regel unter Einbeziehung zahlreicher Messwerte in einer Gesamtschau wertend ermittelt wird. Als aussagekräftige Einzelmessgrößen werden hierzu regelmäßig das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder die Kaufkraft je Einwohner herangezogen. Statistische Auswertungen dieser Messgrößen liegen uns jedoch nur für einige der von Konversionsmaßnahmen betroffenen Gemeinden vor:

Gemeinde/Stadt/R	Bruttoinlandsprod	lunkt		Kaufkraft in € je
egion	1998 (in Mio.€)	2008 (in Mio. €)	Verände- rung in %	Einwohner
Aschaffenburg	2.833	3.768	33	20.190
Ebern	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
Giebelstadt	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
Mellrichstadt	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
Wildflecken	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
Würzburg	5.081	5.919	16,5	18.251
Bad Kissingen	2.302	2.644	14,8	n.b.
Kitzingen	1.852	2514	35,7	n.b.
Unterfranken	31.300	40.575	29,3	18.785
Bayern	332.675	444.812	28,9	20.505

Inwiefern Standortschließungen negative Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der betroffenen Regionen gehabt haben, lässt sich nicht quantifizieren. Für eine nähere Aufstellung der BIP-Entwicklung seit 1990 in den einzelnen unterfränkischen Landkreisen wird auf die Anlage (vgl. Anlage Punkt I.3) verwiesen.

Zu 1. d):

Von den von Militärkonversion betroffenen Kommunen weisen die Städte Bad Kissingen und Mellrichstadt sowie die Gemeinde Wildflecken im Zeitraum 1990–2009 eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung auf:

Einwohner	1990	2000	2009
Aschaffenburg	64.098	67.592	68.722
Bad Kissingen	21.081	21.565	20.791
Ebern	7.266	7.594	7.319
Giebelstadt	3.823	4.468	5.024
Kitzingen	19.918	21.242	20.845
Mellrichstadt	6.109	6.257	5.876
Wildflecken	3.204	3.558	3.120
Würzburg	127.777	127.966	133.195
Landkreis Bad Kissingen	104.602	109.328	104.932
Landkreis Haßberge	83.287	88.509	85.379
Landkreis Kitzingen	82.627	88.986	88.692
Landkreis Rhön-Grabfeld	81.430	86.609	83.442
Landkreis Würzburg	144.354	158.919	159.963
Regierungsbezirk Unterfran-			
ken	1.258.997	1.335.991	1.321.957

Zu vergleichenden Strukturdaten zur Bevölkerungsentwicklung wird im Übrigen auf die Anlage (vgl. Anlage Abschnitt I.4) verwiesen. Inwieweit die dargestellte Bevölkerungsentwicklung auf die Schließung militärischer Standorte zurückzuführen ist, ist nicht ermittelbar.

Zu 1. e):

Durch den Abzug der US-Streitkräfte am Standort Würzburg wurde im Frühjahr 2009 u. a. das gesamte Areal der sog. Leighton Barracks (ca. 135 ha) frei. Im Zuge der Ausbauplanungen für die Universität Würzburg zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen werden an der Hochschule 3.285 zusätzliche Studienplätze geschaffen, die einen entsprechenden Raumbedarf auslösen. Darüber hinaus besteht an der Universität Würzburg seit geraumer Zeit ein hoher Raumbedarf, den die Hochschule zu bewältigen hat. Die Staatsregierung hat daher rund 39 ha auf dem Leighton Areal samt bestehenden Gebäuden zum 01.09.2009 für Hochschulzwecke erworben. Das Gelände, das in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hochschulcampus am Hubland liegt, wird derzeit einer sowohl hochschulpolitisch als auch städtebaulich sinnvollen Nutzung zugeführt. Stadt und Hochschule arbeiten gemeinsam an der Nachnutzung des Kasernenareals, das die Realisierungschance eines bundesweit einzigartigen "Stadtteil-Campus-Konzepts" eröffnet.

Der Ministerrat hat im Jahr 1991 zudem beschlossen, in Aschaffenburg eine neue Hochschuleinrichtung aufzubauen. Entwickelt wurde zunächst eine Abteilung der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg, die seit dem 01.01.2000 als eigene Hochschule geführt wird. Die Hochschule hat ihren Standort auf dem damaligen ca. 6,6 ha großen Areal der ehemaligen Jägerkaserne. Der Hochschulbetrieb wurde im Wintersemester 1995/1996 aufgenommen. An der Hochschule sind inzwischen rd. 2.400 Studierende eingeschrieben, die ein Angebot der beiden Fakultäten der Ingenieurwissenschaften sowie Wirtschaft und Recht wahrnehmen. Im Zuge des Ausbauprogramms der Bayerischen Staatsregierung zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen werden an der Hochschule Aschaffenburg 777 neue Studienplätze geschaffen. Die Hochschule verfügt über ca. 125 Verwaltungsstellen. Durch die Neugründung der Hochschule Aschaffenburg wurde somit eine zukunftsorientierte Nachnutzung des frei gewordenen Militärareals sichergestellt. Wie bei allen Hochschuleinrichtungen schafft bzw. sichert dies Arbeitsplätze, die über die Zahl der unmittelbar an der Hochschule Beschäftigten weit hinausgehen.

Von 1990 bis 2010 sind in Unterfranken insgesamt 20 Volksschulen aufgegeben worden. Diese Organisationsänderungen beruhen jeweils auf rückläufigen Schülerzahlen im betreffenden Sprengelgebiet. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten bzw. der Aufgabe von US-Army-Standorten kann nicht festgestellt werden. Bei den anderen Schularten waren im genannten Zeitraum keine Schließungen öffentlicher Schulen zu verzeichnen.

Soweit im Bereich der Berufsschulen einzelne Ausbildungsgänge aufgegeben wurden, sind solche Entscheidungen nicht

auf die Schließung von Bundeswehr- und US-Army-Standorten zurückzuführen.

Zu 2.:

Betroffene Standorte

Seit den 1990er-Jahren sind die Bundeswehrstandorte Ebern (Aufgabe 2004), Giebelstadt/Klingholz (Aufgabe 1996) sowie Mellrichstadt (Aufgabe 2006) mit insgesamt 2.594 Soldaten und Zivilangestellten aufgelöst worden. Weitere Standorte mussten z.T. erhebliche Truppenreduzierungen verkraften. Dies gilt insbesondere für den Standort Würzburg, der nahezu alle Dienstposten verloren hat. Von vormals insgesamt 12.710 Soldaten sind lediglich noch 5.805 Soldaten in Unterfranken stationiert.

Die US-Armee hat im Vergleich zu 1990 weniger als ein Drittel der ursprünglich 13.871 Soldaten in Unterfranken stationiert. Seit den 1990er-Jahren sind die Standorte Aschaffenburg (Aufgabe 1992/1993), Bad Kissingen (Aufgabe 1992), Giebelstadt (Aufgabe 2006), Kitzingen (Aufgabe 2006), Wildflecken (Aufgabe 1994) und Würzburg (Aufgabe 2007/2008) aufgegeben und der noch verbleibende Standort Schweinfurt verkleinert worden.

Zu den Einzelheiten wird auf die Anlage (vgl. Abschnitt II.) verwiesen.

Zu 3.:

Staatliche Unterstützungsleistungen

Zur Frage 3 ist einleitend anzumerken, dass – wie in fast allen Ländern – in Bayern kein spezifisches Förderprogramm zur Konversion militärischer Standorte eingerichtet worden ist. Entsprechend den Vorgaben des Bayerischen Landtags und des Ministerrats werden betroffene Gebietskörperschaften bei ihren Konversionsaktivitäten durch eine Prioritätensetzung im Rahmen bestehender Förderprogramme unterstützt.

Hauptinstrument zur Unterstützung der städtebaulichen Militärkonversion sind die Programme der Städtebauförderung. Seit 1991 hat das Staatsministerium des Innern im Rahmen der Städtebauförderprogramme einen Förderschwerpunkt "Militärkonversion" eingerichtet. Wichtige Beiträge zur Strukturverbesserung in den betroffenen Kommunen und Regionen leisten auch weitere staatliche Programme zur Unterstützung kommunaler und privater Investitionen aus den Bereichen Wohnraumförderung und Straßenbau sowie Planungszuschüsse des Freistaats Bayern. Zusätzliche Impulse geben im Einzelfall staatliche Infrastrukturprojekte, die von der staatlichen Hochbauverwaltung auf geeigneten Konversionsflächen umgesetzt werden. Für Einzelheiten zu staatlichen Unterstützungsleistungen im Bereich Städtebau wird auf die Anlage (vgl. Anlage Abschnitte III.1 und III.2) verwiesen.

Zur Bekämpfung negativer Auswirkungen der Konversion auf die regionalen Arbeitsmärkte standen und stehen neben dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Förderzeiträume 2000–2006 sowie 2007–2013 zur Verfügung. Es

kommt hierbei eine Reihe von Aktionen in Betracht, die dazu dienen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Anpassungsprozesse zu unterstützen oder den Strukturwandel zu antizipieren.

Ferner steht das Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken mit den betroffenen ländlichen Gemeinden seit vielen Jahren in engem Kontakt und bietet mit seinem Instrumentarium Hilfe zur integrierten ländlichen Entwicklung, Flurneuordnung und Dorferneuerung sowie zu Infrastrukturmaßnahmen an, um die negativen Folgen des Strukturwandels abzumildern. Mit Ausnahme der Städte Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg sind in allen Standortkommunen Vorhaben anhängig oder geplant. Für Einzelheiten wird auf die Anlage (vgl. Anlage Abschnitt III.3) verwiesen.

Zu 3. a):

Im Rahmen der Bayerischen Regionalförderung hat die Bayerische Staatsregierung einen besonderen Schwerpunkt auf die Kommunen bzw. Regionen gesetzt, die durch den Abbau oder die Schließung von Bundeswehr- bzw. US-Army-Standorten betroffen waren. Um den Strukturwandel zu unterstützen, wurde ein gezielter Fokus auf die Attraktivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung des dortigen Tourismus gelegt: So flossen in den vergangenen 20 Jahren Fördermittel in Höhe von knapp 35 Mio. € für den Ausbau der touristischen Infrastruktur nach Unterfranken. Parallel hierzu wurde die gewerbliche Tourismusbranche mit Zuwendungen in Höhe von mehr als 22 Mio. € gestärkt. Darüber hinaus wurden Mittel in Höhe von 170 Mio. € für Investitionsvorhaben in den Bereichen Industrie, Handwerk und sonstige Dienstleistungen bereitgestellt. Bis Februar 2006 wurde auch die Erschließung von Industrie-, Gewerbe- und Tourismusflächen mit Zuwendungen in Höhe von 25 Mio. € gefördert. Insgesamt flossen in den vergangenen 20 Jahren Fördermittel in einer Größenordnung von mehr als 250 Mio. € nach Unterfranken. Damit konnte ein Investitionsvolumen von mehr als 2,5 Mrd. € angeschoben, knapp 9.800 neue Arbeitsplätze geschaffen und annähernd 57.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden.

Zu 3. b):

Im Rahmen der Verwaltungsreform "Verwaltung 21" wurden zum 01.08.2005 die Bezirksfinanzdirektionen aufgelöst und als Dienststellen des neu gegründeten Landesamts für Finanzen eingerichtet. Für Unterfranken bedeutet dies, dass die bisherige Bezirksfinanzdirektion Würzburg in die Dienststelle Würzburg umgewandelt wurde und die Region durch die zusätzliche Einrichtung einer Zentralabteilung in Würzburg von der Errichtung des Landesamts für Finanzen profitiert hat. Im Bereich der Steuerverwaltung wurde 1993 ein Teil der zentral in Nürnberg angesiedelten Erbschaftsund Schenkungssteuerstelle nach Lohr a. Main verlagert. Damit erhielt das Finanzamt Lohr a. Main 20 zusätzliche Arbeitsplätze.

Zu 3. c):

Neben der unter 3 b genannten Ansiedlung von Landesbehörden werden Konversionsliegenschaften seitens des Staates im Rahmen des vorhandenen Flächenbedarfs gezielt genutzt (teils durch Ankauf, teils durch Anmietung):

- <u>Aschaffenburg</u>: Seit 1993 ist ein Teil der ehemaligen Graves-Kaserne Aschaffenburg für Zwecke der Regierung von Unterfranken angemietet (Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerberunterbringung); Eigentümerin ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). 1994 wurden 5,8337 ha der ehem. Jägerkaserne für die Einrichtung der Fachhochschule Aschaffenburg vom Bund gekauft.
- Bad Kissingen: 1995 wurden vom Bund 8.397 qm der ehem. Daley-Barracks für die Polizeiinspektion Bad Kissingen angekauft. Ebenso hat die Bundesagentur für Arbeit auf der Konversionsfläche einen dort errichteten Neubau bezogen. Die ehem. US-Schule Bad Kissingen war als Ausgleich für die Räumung des Regentenbaus durch die US-Armee auf einem Grundstück des Freistaats Bayern errichtet worden und ist 2005 an den Freistaat Bayern zurückgefallen. 2008 sind Grundstück und Gebäude an die Stadt Bad Kissingen verkauft worden, die dort eine Grundschule eingerichtet hat.
- Würzburg, ehem. Faulenbergkaserne: Ein Gebäude auf dem Gelände wird für das Polizeipräsidium Unterfranken zur Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten im Polizeilichen Einsatzverhalten (PE) je nach Bedarf (wochen-/ monatsweise) angemietet; die Nutzung läuft seit 07.04.2010 auf unbestimmte Zeit. Eigentümerin ist die BIm A
- Würzburg, ehem. Hindenburgkaserne: 1994 wurden 1,574 ha für die Feuerwehrschule vom Bund angekauft. Eigentümerin der Restfläche ist mittlerweile die Stadtbau Würzburg GmbH, mit der aktuell Verhandlungen über den Ankauf weiterer Flächen für den Ausbau der Feuerwehrschule laufen.
- Würzburg, ehem. Leighton-Barracks: 2009 wurde für Zwecke der Universität Würzburg (Hochschulausbau) eine Fläche von 38,8179 ha von der BImA angekauft. Auf der Restfläche (Eigentümerin: BImA) findet die Landesgartenschau 2018 statt, außerdem ist dort eine hochwertige Wohnbebauung vorgesehen. Für zwei Gebäude hat die IMBY mit Unterbringungsempfehlung vom 24.09.2010 eine Zwischennutzung zuerst durch die Polizeibehörden Unterfranken und anschließend eine befristete Weiternutzung durch die Universität Würzburg vorgesehen. Ferner wird auf dem Kasernenareal im Zuge der Erweiterung der Julius-Maximilians-Universität der Universitätscampus "Am Hubland" errichtet.
- <u>Würzburg, ehem. Emery-Kaserne:</u> Seit 1993 ist ein Teil der ehem. Emery-Kaserne Würzburg für Zwecke der Regierung von Unterfranken angemietet (Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerberunterbringung). Eigentümerin ist auch hier die BImA.

Anlage

I. Wirtschafts-, Sozial- und Strukturdaten

I.1 Arbeitsmarktdaten

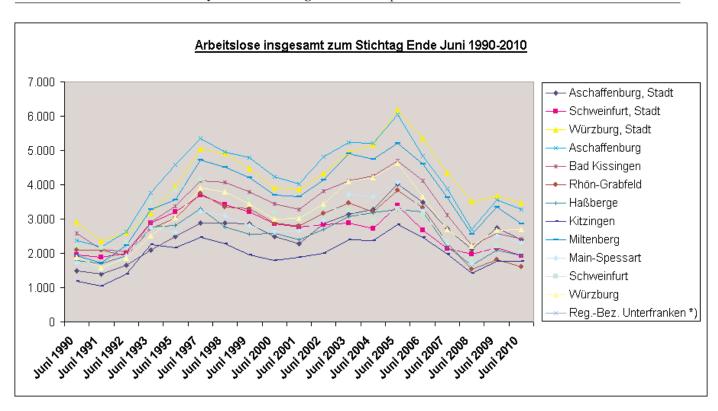
a) Arbeitslose insgesamt 1990-2010

Landkreis / kreis- freie Stadt	Juni 1990	Juni 1991	Juni 1992	Juni 1993	Juni 1995	Juni 1997	Juni 1998	Juni 1999	Juni 2000
Aschaffenburg, Stadt	1.489	1.385	1.656	2.082	2.496	2.885	2.888	2.860	2.498
Schweinfurt, Stadt	1.952	1.889	1.997	2.883	3.205	3.698	3.414	3.206	2.851
Würzburg, Stadt	2.914	2.339	2.600	3.171	3.947	5.044	4.907	4.464	3.910
Aschaffenburg	2.363	2.193	2.629	3.760	4.587	5.351	4.955	4.787	4.244
Bad Kissingen	2.582	2.125	2.045	2.900	3.381	4.117	4.063	3.799	3.443
Rhön-Grabfeld	2.090	2.096	1.928	2.718	3.020	3.735	3.357	3.306	2.875
Haßberge	1.796	1.709	1.928	2.765	2.806	3.301	2.778	2.563	2.590
Kitzingen	1.193	1.054	1.386	2.245	2.162	2.471	2.269	1.965	1.791
Miltenberg	1.920	1.712	2.224	3.270	3.547	4.731	4.513	4.209	3.706
Main-Spessart	1.712	1.516	1.935	2.738	2.604	3.232	3.087	2.811	2.623
Schweinfurt	2.235	2.162	2.318	3.491	3.843	4.171	3.786	3.600	3.183
Würzburg	1.876	1.592	1.852	2.520	3.053	3.905	3.800	3.441	3.007
RegBez. Unterfran- ken *)							43.817	41.011	36.721

Landkreis / kreis- freie Stadt	Juni 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Juni 2005	Juni 2006	Juni 2007	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010
Aschaffenburg, Stadt	2.275	2.855	3.146	3.283	4.012	3.477	2.729	2.126	2.755	2.404
Schweinfurt, Stadt	2.765	2.833	2.879	2.720	3.399	2.664	2.139	1.981	2.171	1.932
Würzburg, Stadt	3.865	4.335	4.952	5.154	6.187	5.345	4.352	3.511	3.666	3.459
Aschaffenburg	4.033	4.820	5.241	5.204	6.049	4.848	3.892	2.687	3.551	3.272
Bad Kissingen	3.289	3.823	4.126	4.253	4.700	4.123	3.119	2.242	2.591	2.423
Rhön-Grabfeld	2.785	3.152	3.466	3.208	3.842	3.334	2.293	1.537	1.807	1.605
Haßberge	2.406	2.709	3.062	3.193	3.277	3.204	2.183	1.650	2.104	1.924
Kitzingen	1.890	1.999	2.391	2.366	2.833	2.458	1.974	1.409	1.771	1.779
Miltenberg	3.646	4.146	4.908	4.737	5.210	4.595	3.638	2.565	3.348	2.857
Main-Spessart	2.655	2.956	3.724	3.646	4.080	3.225	2.309	1.689	2.503	2.295
Schweinfurt	3.006	3.346	3.246	2.952	3.306	3.121	2.348	1.815	2.216	2.042
Würzburg	3.012	3.450	4.098	4.198	4.638	3.647	2.695	2.210	2.682	2.697
RegBez. Unterfran- ken *)	35.627	40.424	45.239	44.914	51.533	44.035	33.673	25.423	31.166	28.689

^{*)} Vor Juni 1998 sind keine Daten auf Regierungsbezirksebene vorhanden

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Auf Grund verschiedener Datenrevisionen und Gebietsstandsänderungen können sich geringe Abweichungen zu anderen Auswertungen ergeben



b) Arbeitslosenquote 1990-2010

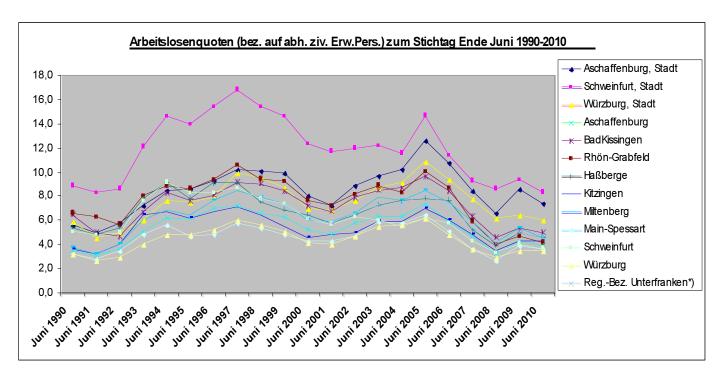
Landkreis / kreisfreie Stadt	Juni 1990	Juni 1991	Juni 1992	Juni 1993	Juni 1994	Juni 1995	Juni 1996	Juni 1997	Juni 1998	Juni 1999
Aschaffenburg, Stadt	5,6	5,0	5,8	7,2	8,5	8,6	9,3	10,2	10,1	9,9
Schweinfurt, Stadt	8,9	8,3	8,6	12,1	14,6	13,9	15,4	16,8	15,4	14,6
Würzburg, Stadt	5,9	4,6	5,0	6,0	7,6	7,5	7,9	10,0	9,6	8,7
Aschaffenburg	3,5	3,1	3,6	5,1	6,2	6,2	7,0	7,2	6,6	6,3
BadKissingen	6,5	5,0	4,7	6,7	8,3	7,6	8,1	9,2	9,0	8,4
Rhön-Grabfeld	6,6	6,3	5,7	8,0	8,8	8,6	9,4	10,6	9,5	9,2
Haßberge	5,4	4,9	5,4	7,8	9,2	7,8	9,1	9,1	7,5	6,9
Kitzingen	3,7	3,2	4,1	6,5	6,7	6,2	6,7	7,1	6,4	5,5
Miltenberg	3,8	3,3	4,1	6,0	6,8	6,4	7,7	8,4	8,0	7,3
Main-Spessart	3,3	2,8	3,5	4,9	5,6	4,7	4,9	5,8	5,5	4,9
Schweinfurt	5,1	4,8	5,0	7,6	9,2	8,3	8,3	8,7	7,8	7,3
Würzburg	3,2	2,7	3,0	4,1	4,8	4,8	5,3	6,0	5,7	5,1
RegBez. Unterfranken*)									7,9	7,3

Landkreis / kreisfreie Stadt	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Juni 2005	Juni 2006	Juni 2007	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010
Aschaffenburg, Stadt	8,0	7,2	8,9	9,7	10,2	12,6	10,7	8,4	6,6	8,6	7,4
Schweinfurt, Stadt	12,3	11,7	12,0	12,1	11,6	14,6	11,4	9,3	8,6	9,3	8,3
Würzburg, Stadt	7,0	6,9	7,7	8,7	9,1	10,9	9,4	7,7	6,2	6,5	6,0
Aschaffenburg	5,3	4,9	5,8	6,4	6,3	7,4	5,9	4,7	3,3	4,3	3,9
BadKissingen	7,3	6,8	7,9	8,5	8,7	9,6	8,4	6,4	4,6	5,4	5,0
Rhön-Grabfeld	7,7	7,2	8,2	8,9	8,3	10,0	8,7	6,0	4,0	4,7	4,2
Haßberge	6,5	5,8	6,5	7,3	7,6	7,8	7,7	5,2	3,9	5,0	4,6
Kitzingen	4,6	4,8	5,0	6,0	5,9	7,0	6,1	4,9	3,5	4,3	4,3

Miltenberg	6,1	5,9	6,7	7,9	7,7	8,5	7,5	5,9	4,2	5,4	4,6
Main-Spessart	4,3	4,3	4,7	5,9	5,8	6,5	5,2	3,7	2,7	4,0	3,6
Schweinfurt	6,2	5,7	6,3	6,0	5,5	6,1	5,8	4,3	3,3	4,1	3,7
Würzburg	4,2	4,1	4,7	5,5	5,6	6,2	4,9	3,6	2,9	3,5	3,5
RegBez. Unterfran- ken*)	6,1	5,8	6,6	7,3	7,3	8,4	7,1	5,5	4,1	5,0	4,6

^{*)} Vor Juni 1998 sind keine Daten auf Regierungsbezirksebene vorhanden

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Auf Grund verschiedener Datenrevisionen und Gebietsstandsänderungen können sich geringe Abweichungen zu anderen Auswertungen ergeben



c) Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) in Unterfranken; Entwicklung seit 1990

	Aschaffenburg, Stadt	Schweinfurt, Stadt	Würzburg, Stadt	Aschaffenburg	Bad Kissingen	Rhön- Grabfeld	Haßberge
1990	39.706	50.709	77.510	40.838	31.288	25.431	21.956
1992	41.004	49.826	80.473	43.645	33.369	28.255	22.781
1994	39.202	43.634	79.204	42.629	32.946	28.116	21.950
1996	38.016	43.722	78.201	43.572	32.820	27.774	22.597
1998	39.477	44.018	74.578	44.027	31.817	27.343	23.230
2000	39.769	45.658	76.223	46.567	32.094	27.239	24.590
2002	38.314	47.564	76.112	46.119	31.244	27.812	24.474
2004	36.840	48.266	73.364	44.006	30.171	26.649	23.254
2006	41.335	48.723	73.814	44.050	29.610	26.214	22.622
2008	43.654	50.779	75.145	46.300	29.450	27.447	23.405
2009	43.033	49.545	74.838	45.420	29.518	27.606	23.398

	Kitzingen	Miltenberg	Main- Spessart	Schweinfurt	Würzburg	Unterfranken
1990	25.067	37.176	38.178	15.068	21.934	424.861
1992	25.987	38.777	39.347	17.101	24.950	445.515
1994	24.731	38.027	39.014	18.243	25.155	432.851
1996	25.257	36.976	39.125	18.247	25.555	431.862
1998	25.373	36.401	39.027	18.416	26.852	430.559
2000	26.046	38.007	40.134	19.523	28.736	444.586
2002	26.508	36.631	40.555	18.876	30.306	444.515
2004	26.219	34.848	39.799	18.550	29.487	431.453
2006	25.564	34.380	39.923	18.949	29.838	435.022
2008	26.815	36.098	42.964	20.079	31.816	453.952
2009	26.354	36.200	42.421	19.971	31.903	450.207

I.2 Entwicklung der Steuereinnahmen

a) kreisfreie Städte und Gemeinden (Steuereinnahmen Netto in€)

	Würzburg	Bad Kissingen	Wildflecken	Mellrichstadt
1990	54.118.939	86.396.043	10.414.107	1.734.848
1991	53.133.825	96.204.092	11.245.823	1.719.440
1992	66.229.094	108.135.488	12.784.846	2.807.123
1993	62.629.736	106.147.307	13.804.040	2.348.863
1994	58.748.755	105.316.550	12.621.981	1.705.623
1995	60.562.367	104.218.759	12.738.595	1.792.413
1996	55.453.655	99.073.913	13.371.657	1.936.369
1997	56.127.012	105.028.384	14.204.209	1.851.455
1998	59.569.946	107.988.415	13.207.345	2.250.500
1999	61.646.265	107.591.825	14.090.947	2.352.758
2000	62.621.505	95.304.829	13.227.546	2.231.767
2001	54.086.436	106.047.569	13.332.787	2.211.507
2002	55.331.716	95.686.157	13.958.473	2.245.674
2003	46.961.781	92.136.338	11.683.490	2.224.372
2004	52.271.465	101.644.987	13.576.918	2.452.004
2005	57.591.843	118.703.723	13.150.039	2.176.127
2006	78.513.310	120.509.344	13.846.577	2.300.190
2007	74.059.302	120.665.837	14.728.563	2.232.138
2008	73.615.052	127.383.404	17.228.138	2.418.960
2009	64.424.971	118.992.297	16.477.938	2.226.603
	Ebern	Kitzingen	Giebelstadt	
1990	3.292.300	10.536.669	1.389.883	
1991	2.866.016	11.067.013	1.359.741	
1992	3.422.650	11.699.904	1.773.104	
1993	3.026.462	12.703.818	1.767.623	
1994	3.127.801	12.702.690	1.851.112	
1995	3.361.829	12.457.778	1.697.073	
1996	4.186.500	13.356.832	1.822.205	
1997	4.561.939	12.454.027	2.120.589	
1998	3.491.505	12.815.332	2.553.841	
1999	4.507.760	14.665.249	2.489.175	

2000	6.448.917	13.552.787	3.038.519
2001	5.229.434	16.477.762	7.578.844
2002	5.215.195	13.724.608	7.141.757
2003	4.517.063	13.142.455	6.452.953
2004	4.096.664	9.373.430	7.308.157
2005	6.607.057	12.112.608	8.058.272
2006	7.215.880	13.141.537	11.727.397
2007	9.192.723	18.803.426	10.973.680
2008	8.414.172	18.859.608	7.341.556
2009	5.895.594	13.250.736	3.012.620

a) Landkreise (Steuereinnahmen Netto in€)

	Aschaffenburg	Bad Kissingen	Rhön-Grabfeld	Haßberge
1990	76.605.589	37.006.456	27.769.343	29.642.323
1991	84.637.275	41.307.910	32.853.144	33.372.899
1992	97.837.621	48.012.293	35.904.097	36.308.211
1993	99.789.522	49.899.204	40.292.142	38.413.998
1994	94.974.489	49.654.269	38.835.506	38.932.005
1995	93.325.167	46.151.666	35.795.240	38.461.124
1996	90.040.215	46.205.426	36.546.394	39.025.912
1997	92.398.918	50.219.204	38.221.446	40.002.513
1998	99.934.058	51.247.831	42.046.172	44.018.509
1999	110.260.806	52.142.059	41.669.150	46.746.591
2000	117.287.356	52.555.216	43.558.217	46.797.272
2001	128.811.453	52.723.874	42.221.243	49.294.026
2002	110.494.128	51.114.179	42.743.914	41.902.049
2003	96.860.048	47.789.759	40.790.358	40.201.648
2004	102.841.306	51.668.126	43.677.200	41.035.978
2005	110.635.801	52.226.988	45.715.930	47.889.545
2006	135.186.257	55.203.879	45.445.954	51.151.550
2007	143.590.481	62.371.823	53.287.210	61.660.785
2008	171.094.596	72.037.316	54.361.067	62.563.416
2009	141.776.131	65.324.173	48.700.567	54.904.327

	Kitzingen	Würzburg
1990	36.493.101	56.458.903
1991	37.920.503	62.005.633
1992	41.660.280	69.458.639
1993	45.597.114	71.540.650
1994	43.590.087	73.899.988
1995	50.319.364	69.016.792
1996	53.780.136	68.987.800
1997	47.446.738	69.429.075
1998	48.825.696	71.776.799
1999	54.510.478	80.311.766
2000	56.427.180	85.876.420
2001	51.486.756	87.661.129
2002	52.640.211	85.310.547
2003	51.219.225	84.119.860
2004	56.309.882	86.269.163
2005	58.102.530	92.892.127
2006	61.716.356	104.458.426
2007	69.072.552	136.740.532
2008	74.711.353	119.038.269
2009	63.226.963	114.971.043

I.3 Bruttoinlandsprodukt

a) BIP zu Marktpreisen 1998 bis 2008

(Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß ESVG `95; Rechenstand: Frühjahr 2010)

Gebietseinheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Stadt Aschaffenburg	2.044.476	2.220.391	2.350.223	2.346.895	2.401.315	2 502 600
Stadt Schweinfurt	2.044.476	2.411.956	2.350.223	2.346.695	2.401.315	2.503.680 2.629.450
Stadt Würzburg	3.845.000	4.180.953	4.428.541	4.542.581	4.705.391	4.841.145
Aschaffenburg	2.527.238	2.755.585	2.925.939	2.909.731	3.010.089	3.100.553
Bad Kissingen	1.803.970	1.924.199	2.012.399	2.040.470	2.104.090	2.178.374
Rhön-Grabfeld	1.455.347	1.537.867	1.586.660	1.621.096	1.710.679	1.746.820
Haßberge	1.117.030	1.233.172	1.327.520	1.370.704	1.477.505	1.530.586
Kitzingen	1.272.396	1.414.692	1.531.338	1.548.535	1.629.854	1.661.950
Miltenberg	1.996.286	2.179.127	2.321.442	2.354.679	2.489.292	2.556.952
Main-Spessart	1.965.797	2.151.685	2.293.794	2.362.704	2.539.638	2.639.625
Schweinfurt	938.118	1.067.718	1.192.652	1.269.224	1.376.917	1.401.325
Würzburg	1.400.886	1.569.145	1.719.079	1.791.678	1.916.572	2.001.114
Unterfranken	22 693 568	24 646 490	26 123 845	26 609 742	27 935 238	28 791 574
Bayern insgesamt	239 352 064	261 924 029	279 601 395	283 785 347	296 023 605	305 098 803

Gebietseinheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Stadt Aschaffenburg	2.577.774	2.626.358	2.832.655	2.829.147	2.853.251	3.141.115
Stadt Schweinfurt	2.664.578	2.777.706	2.832.033	2.876.015	3.043.075	3.141.113
Stadt Würzburg	4.910.345	5.025.301	5.081.397	5.249.363	5.348.822	5.317.469
Aschaffenburg						
Bad Kissingen	3.162.589	3.273.035	3.442.491	3.527.651	3.697.448	3.790.782
Rhön-Grabfeld	2.237.828	2.240.211	2.302.492	2.353.304	2.349.540	2.384.960
	1.773.333	1.777.763	1.823.949	1.884.847	1.945.904	1.948.124
Haßberge	1.575.662	1.646.670	1.705.028	1.825.349	1.915.550	1.971.614
Kitzingen	1.682.782	1.754.277	1.852.517	1.894.650	1.923.358	1.930.857
Miltenberg	2.609.996	2.552.229	2.646.754	2.706.354	2.756.296	3.042.754
Main-Spessart	2.727.342	2.763.729	2.960.651	3.091.210	3.171.294	3.441.001
Schweinfurt	1.414.789	1.471.290	1.528.672	1.578.396	1.654.632	1.658.238
Würzburg	2.066.505	2.194.980	2.245.893	2.260.394	2.433.130	2.622.722
Unterfranken	29 403 523	30 103 549	31 299 851	32 076 680	33 092 300	34 411 225
Bayern insgesamt	311 293 600	319 156 634	332 675 280	344 192 105	359 376 125	369 518 151

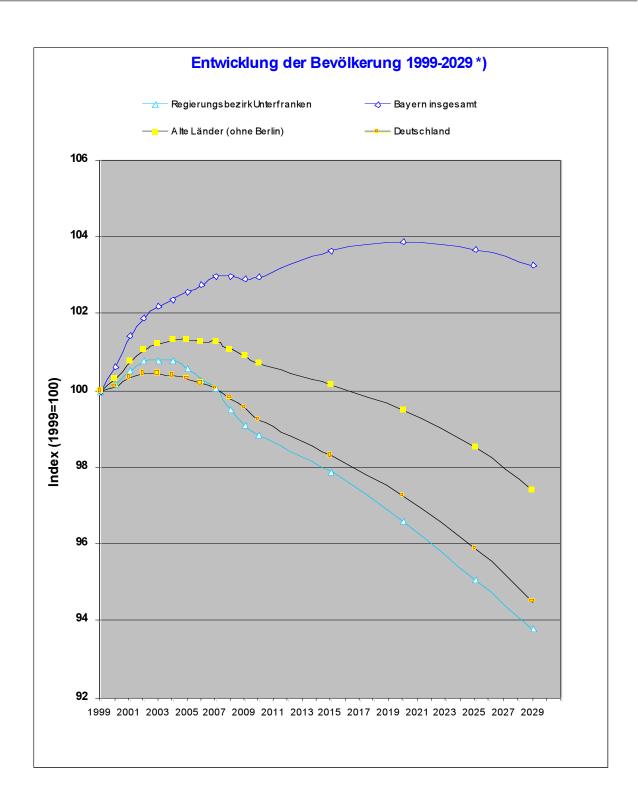
Gebietseinheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Stadt Aschaffenburg	3.107.033	3.299.680	3.379.893	3.558.360	4.052.424	4.017.404	3.767.576
Stadt Schweinfurt	3.431.990	3.349.568	3.623.733	3.903.474	3.869.307	4.045.016	4.105.411
Stadt Würzburg	5.277.181	5.378.320	5.442.852	5.529.878	5.524.544	5.652.005	5.918.854
Aschaffenburg	4.059.221	4.008.276	3.909.726	3.931.577	4.043.396	4.365.294	4.433.944
Bad Kissingen	2.402.962	2.452.800	2.415.764	2.431.332	2.474.087	2.578.914	2.644.651
Rhön-Grabfeld	2.015.909	2.072.438	2.147.777	2.145.961	2.140.415	2.237.431	2.320.773
Haßberge	1.933.223	1.883.347	1.961.444	1.960.524	2.072.227	2.118.892	2.112.189
Kitzingen	2.013.589	2.066.757	2.121.204	2.151.536	2.285.455	2.332.557	2.514.400
Miltenberg	2.923.575	3.179.575	3.177.838	3.301.976	3.425.870	3.554.980	3.477.320
Main-Spessart	3.441.171	3.335.918	3.370.097	3.457.387	3.551.846	3.802.000	3.839.627
Schweinfurt	1.717.173	1.647.387	1.694.002	1.738.697	1.840.584	1.888.822	2.018.456
Würzburg	2.780.042	2.853.795	2.928.316	3.020.305	3.134.481	3.390.307	3.422.09
Unterfranken	35 103 069	35 527 861	36 172 646	37 131 007	38 414 636	39 983 622	40 575 296
Bayern insgesamt	379 035 223	381 810 137	392 165 245	399 361 944	414 869 989	433 956 137	444 812 41:

b) Gesamtvergleich

	Bruttoinlandsprodukt			Bruttoinlandsprodukt		
	in Mio.€		Veränd. 1998/2008	je Einwohner 2008		Veränd. 1998/2008
Gebiet	1998	2008	in %	in €	Bayern =100	in %
Regierungsbezirk Unter- franken	31.300	40.575	29,6	30.476	85,8	29,3
Bayern insgesamt	332.675	444.812	33,7	35.526	100,0	28,9
Alte Länder (ohne Berlin)	1.662.496	2.118.128	27,4	32.282	90,9	25, <i>4</i>
Deutschland	1.965.380	2.495.800	27,0	30.392	85,5	26,8

I.4 Strukturdaten zur Bevölkerungsentwicklung

	Fläche	Bevölkerungstand		Veränderung	Bevölkerungs- dichte
	km²	Einwe	Einwohner Index		Einw. je km²
Gebiet	01.01.2010	31.12. 1999	31.12. 2009	1999=100	2009
Regierungsbezirk Un- terfranken	8.531,39	1.333.803	1.321.957	99,1	155,0
Bayern insgesamt Alte Länder (ohne Ber-	70.550,11	12.154.967	12.510.331	102,9	177,3
lin)	248.513,85	64.828.774	65.422.008	100,9	263,3
Deutschland	357.111,91	82.163.475	81.802.257	99,6	229,1



II. Standorte

II.1 Bundeswehrstandorte in Unterfranken – Entwicklung seit den 1990er Jahren

Bundeswehrstandorte Unterfranken	Zahl der	Zahl der Soldaten		
	1990	1999	2010	2010)
Aschaffenburg	20	7	1	Bestand
Ebern	1.170	709	0	Aufgabe
				2004
Giebelstadt/Klingholz	603	0	0	Aufgabe1996
Hammelburg	2.779	1.641	2.591	Bestand
Mellrichstadt	821	901	0	Aufgabe
				2006
Veitshöchheim	1.720	1.024	1.107	Bestand
Volkach	1.456	808	1.806	Bestand
Wildflecken	435	777	292	Bestand
Würzburg	3.706	4	8	Bestand
Insgesamt	12.710	5.871	5.805	

<u>II.2 US-Standorte in Unterfranken – Entwicklung seit den 1990er Jahren</u>

US-Standorte Unterfranken				
	1990	1998	2010	
Aschaffenburg	4.396	0	0	Aufgabe1992/93
Bad Kissingen	2.000	0	0	Aufgabe1992
Giebelstadt	2.169	1.200	0	Aufgabe 2006
Kitzingen	6.165	3.200	0	Aufgabe 2006
Schweinfurt	5.133	4.715	4.000	Bestand
Wildflecken	2.000	0	0	Aufgabe 1994
Würzburg	3.706	1.704	0	Aufgabe
				2007/08
Insgesamt	25.569	10.819	4.000	

III. Staatliche Unterstützungsleistung

III.1 Städtebauliche Maßnahmen an den einzelnen Konversionsstandorten

a) Aschaffenburg

Die staatliche Unterstützung zur städtebaulichen Neuordnung ehemaliger US-Kasernenflächen konzentriert sich in Aschaffenburg auf zwei räumliche Schwerpunkte. Mit der Konversionsmaßnahme "Am Rosensee" wird auf dem ehemaligen US-Militärgelände der Fiori-/Smith-Kaserne ein neuer Stadtteil mit flächen- und ressourcensparendem Wohnungsbau realisiert. Das Siedlungsprojekt wurde im Rahmen des Sonderprogramms "Siedlungsmodelle – Neue Wege zu preiswertem ökologischen und sozialen Wohnen in Bayern" durchgeführt und zusätzlich mit Finanzhilfen der Städtebau- und Wohnraumförderung unterstützt.

Die städtebauliche Neuordnung der ehemaligen königlich Bayerischen Jägerkaserne in Aschaffenburg, die von 1945 bis 1992 von den US-Streitkräften genutzt wurde, erfolgt seit 1994 im Zuge der Errichtung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Aschaffenburg, die von der staatlichen Hochbauverwaltung umgesetzt wird. Aktuell wird der Hochschulstandort Aschaffenburg (Erhöhung der Studentenzahl aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs 2011) weiter ausgebaut.

b) Bad Kissingen

Die staatliche Unterstützung zur städtebaulichen Neuordnung ehemaliger US-Kasernenflächen in Bad Kissingen umfasst das ehemalige Kasernenareal sowie eine ehemalige US-Wohnsiedlung. Die städtebauliche Neuordnung des 18 ha großen, seit 1945 von der US-Armee genutzten Kasernenareals Daley-Barracks wurde mit Finanzhilfen der Städtebauförderung sowie mit Planungszuschüssen des Freistaats Bayern (Stadtentwicklungsstudie Bad Kissingen Nord) unterstützt. Mit den Städtebaufördermaßnahmen (Abbruch entbehrlicher Kasernengebäude, Freimachung des Geländes, Umbau des ehemaligen Casinogebäudes als Jugendmusikschule) wurden wichtige Impulse für umfangreiche private und öffentliche Investitionen und damit für die zivile Nachfolgenutzung gesetzt. Seit 2008 wird in Bad Kissingen im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" u. a. auch die Aufwertung der 2005 aufgegebenen ehemaligen US-Wohnsiedlung Daley Village mit Finanzhilfen des Bundes und des Landes gefördert.

c) Ebern

Zur Bewältigung der strukturellen Folgen der Schließung des <u>Bundeswehrstandorts Balthasar-Neumann-Kaserne</u> im Jahr 2004 unterstützt die Städtebauförderung die Stadt Ebern sowohl bei der konzeptionellen Vorbereitung der Konversionsmaßnahme und der notwendigen Neuausrichtung ihrer Ortsentwicklung (städtebauliche Konzepte und Planungen) als auch bei kommunalen Investitionsmaßnahmen zur Profilierung der Ortsmitte und der Reaktivierung innerörtlicher Gebäudeleerstände und Brachflächen.

d) Giebelstadt

Das 2006 aufgegebene ehemalige US-Militärgelände Flugplatz Giebelstadt, das mittlerweile als ziviler Verkehrslandeplatz genutzt wird, erfolgt in kommunaler und privater Verantwortung. Die Ortskernsanierung in Giebelstadt wurde im Rahmen der Städtebauförderung im Zeitraum von 1987–1997 unterstützt.

e) Kitzingen

Zur Bewältigung der strukturellen Folgen der Schließung des <u>US-Standorts Kitzingen</u> im Jahr 2006 unterstützt die Städtebauförderung die Stadt Kitzingen sowohl bei der notwendigen Neuausrichtung ihrer Stadtentwicklung (Stadtentwicklungskonzept) und bei der konzeptionellen Vorbereitung der Konversionsmaßnahme (städtebauliche Konzepte, Stadtumbaumanagement) als auch bei kommunalen und privaten Investitionsmaßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt und zur Stärkung des touristischen Profils der Gesamtstadt (z. B. Neugestaltung Mainpromenade).

f) Mellrichstadt

Zur Bewältigung der strukturellen Folgen der Schließung des Bundeswehrstandorts Hainberg-Kaserne im Jahr 2006 unterstützt die Städtebauförderung die Stadt Mellrichstadt sowohl bei der notwendigen Neuausrichtung ihrer Ortsentwicklung (städtebauliche Konzepte und Planungen) als auch bei kommunalen und privaten Investitionsmaßnahmen zur Profilierung der Ortsmitte und der Reaktivierung innerörtlicher Gebäudeleerstände und Brachflächen.

g) Wildflecken

Die tiefgreifenden strukturellen Folgen des Abzugs der US-Streitkräfte im Jahr 1994 und die Schließung der von der Bundeswehr genutzten Rhönkaserne im Jahr 1995 waren Anlass für die Aufnahme des Marktes Wildflecken als Pilotprojekt in das Forschungsvorhaben "Stadtumbau West" des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes (2003–2007). Die Unterstützung wird seit 2008 im Bund-Länder-Städtebauförderprogramm Stadtumbau West fortgesetzt. Schwerpunkte der Förderung sind die konzeptionelle Neuausrichtung der Ortsentwicklung, der Abbruch nicht mehr benötigter Wohnungen, die Aufwertung erhaltenswerter Wohnsubstanz sowie die städtebauliche Neuordnung von Brachflächen und die Neugestaltung der Ortsmitte.

h) Würzburg

Die staatliche Unterstützung zur städtebaulichen Neuordnung ehemaliger US-Kasernenflächen konzentriert sich in Würzburg auf zwei räumliche Schwerpunkte. Die städtebauliche Neuordnung der 1993 geschlossenen ehemaligen Hindenburg-Kaserne wird mit Finanzhilfen der Städtebauförderung sowie mit Planungszuschüssen des Freistaats Bayern (Architektenworkshop) unterstützt. In die 2006 gestartete städtebauliche Erneuerung des Würzburger Stadtteiles "Zellerau" im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" wird auch die Militärkonversionsfläche miteinbezogen.

Die städtebauliche Konversion des 134 ha umfassenden <u>ehemaligen US-Kasernenareals Leighton-Barracks</u> wird bereits

seit Bekanntwerden der Abzugspläne der US-Streitkräfte im Jahr 2004 im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Stadtumbau West" unterstützt. Die Stadt Würzburg hat seither umfangreiche Finanzhilfen der Städtebauförderung zur konzeptionellen Vorbereitung (städtebauliches Gesamtkonzept, städtebaulicher Wettbewerb) des Konversionsprojekts erhal-

ten. Besondere Impulse erhält die Konversionsmaßnahme mit dem Erwerb von 39 ha Fläche durch den Freistaat Bayern im Jahr 2008 und der Errichtung des Universitätscampus "Am Hubland" im Zuge der Erweiterung der Julius-Maximilians-Universität. Der Universitätsbetrieb auf dem Leightonareal wird bereits ab dem Sommersemester 2011 erfolgen.

III.2 Staatliche Finanzierungsleistungen in den von der Schließung von Bundeswehr- und US-Standorten betroffenen Gebietskörperschaften in Unterfranken seit 1990

Städtebauförderung				
staatliche Finanzhilfen 1990 - 2010		Mio.€		
Aschaffenburg		16,1		
Bad Kissingen - Landkreis Bad Kissinge	en	9,5		
Ebern – Landkreis Hassberge		2,3		
Giebelstadt – Landkreis Würzburg		0,4		
Kitzingen – Landkreis Kitzingen		7,2		
Mellrichstadt – Landkreis Rhön-Grabt	3,7			
Wildflecken - Landkreis Bad Kissingen	2,4			
Würzburg		21,0		
Landkreis Bad Kissingen	11 Kommunen	23,6		
Landkreis Hassberge	16 Kommunen	21,2		
Landkreis Kitzingen	13 Kommunen	37,5		
Landkreis Rhön-Grabfeld	20,3			
Landkreis Würzburg	24,9			
Regierungsbezirk Unterfranken	138 Kommunen	283,8		

Wohnraumförderung 1990 – 2009							
	<u>•</u>	s Wohnungs- ogramm	Bayerisches Modernisierungs- programm				
	Darlehen Mio.€	Zahl der Wohnungen u. Heimplätze	Darlehen Mio. €	Zahl der Wohnungen u. Heimplätze			
Aschaffenburg	50,0	1.374	19,8	1.146			
Würzburg	93,4	3.003	43,3	1.868			
Landkreis Bad Kissingen	53,9	1.893	5,6	406			
Landkreis Hassberge	35,2	1.085	8,3	342			
Landkreis Kitzingen	42,4	1.275	4,4	296			
Landkreis Rhön-Grabfeld	50,8	1.708	3,0	191			
Landkreis Würzburg	52,4	1.874	4,9	197			
Regierungsbe- zirk Unterfranken	756,1	24.574	181,0	9.596			
Experimentell	er Wohn	ungsbau	1990	- 2010			
(Mittel in	der	obigen	Übersicht	enthalten)			
Aschaffenburg	39 Wohnungen, Modellvorhaben "Integriertes und Barrierefreies Wohnen" und "Mietwohnungen in Holzbauweise"						
Würzburg	158 Wohnungen, Modellvorhaben "Mietwohnungen in Holzbauweise" und "Wohnen in allen Lebensphasen"						
Landkreis Rhön-Grabfeld		18 Wohnungen, Modellvorhaben "Mietwohnungen in Holzbauweise"					
Landkreis Würzburg		42 Wohnungen, Modellvorhaben "Mietwohnungen in Holzbauweise" und "Ökologischer Wohnungsbau"					

Studentenwohnraumförderung 1990 – 2009				
	Darlehen Mio.€	Zahl der Wohnplätze		
Aschaffenburg	2,9	116		
Würzburg	33,1	1.458		
Landkreis Würzburg	2,2	88		

Planungszuschüsse des Freistaats Bayern		
staatliche Finanzhilfen 1990 - 2009	Mio. €	
Aschaffenburg	0,07	
Bad Kissingen - Landkreis Bad Kissingen	0,06	
Kitzingen – Landkreis Kitzingen	0,03	
Würzburg	0,1	
Regierungsbezirk Unterfranken	0,76	

Siedlungsmodell Aschaffenburg "Am Rosensee" Darlehen aus den Mitteln der Offensive Zukunft Bayern 5,8 Mio.€

Konjunkturpaket II und Investitionspakt 2008/09 energetische Modernisierung kommunaler Infrastruktur

	Konjunkturpaket II		Investitionspakte 2008 und 2009	
	Zuschüsse Mio. €	Anzahl der Maßnahmen	Zuschüsse Mio. €	Anzahl der Maßnahmen
Aschaffenburg	5,5	8	-	-
Würzburg	12,1	8	1,1	1
Landkreis Bad Kissingen	6,9	23	1,0	2
Landkreis Hassberge	6	20	2	5
Landkreis Kitzingen	5,8	17	2,4	4
Landkreis Rhön-Grabfeld	4,8	13	0,7	2
Regierungsbezirk Unterfranken	87,8	201	13,5	29

Staatliche Hochbaumaßnahmen auf Konversionsflächen		
Staatliche Investitionen	Mio. €	
Aschaffenburg		
Hochschule für angewandte Wissenschaften Sanierung der Bestandsgebäude für Lehre und Forschung, einschl. Altlastenbeseitigung 	30,0	
 ab 2010 Neubau Labor- und Hörsaalgebäude, Umbau der Bestandsgebäude für die Studiengänge Mechatronik und Wirtschaftsingenieurwesen, Sanierung der Mensa, Son- derprogramm Energetische Sanierung 	36,4	
Bad Kissingen Sanierung eines Bestandsgebäude für die Landespolizei	1,0	
Würzburg Erweiterung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg / Campus Am Hubland – erste Ausbauphase	28,5	

Kommunaler Straßenbau				
staatl. Finanzhilfen in Mio. €	GVFG/BayGVFG 1990 - 2009	FAG-Sonderbaulast 1999 - 2009		
Aschaffenburg	57,0	-		
Würzburg	34,8	-		
Landkreis Bad Kissingen	28,8	-		
Landkreis Hassberge	25,3	-		
Landkreis Kitzingen	39,1	2,8		

Landkreis Rhön-Grabfeld	22,6	2,8
Landkreis Würzburg	27,1	2,5
Regierungsbezirk Unterfranken	518,5	17,7

III.3 Unterstützung der betroffenen Kommunen im Rahmen der Ländlichen Entwicklung

In der betroffenen Region anhängige oder geplante Vorhaben:

Bad Kissingen:

Dorferneuerung Bad Kissingen in insgesamt 4 Ortsteilen mit geplanten Ausgaben von ca. 200 T€ (geplanter Zuschuss ca. 100 T€).

• Ebern:

Dorferneuerungen Unterpreppach 2, Ebern und Jesserndorf 2 mit insgesamt 5 Ortsteilen mit geplanten Ausgaben von ca. 5,2 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 2,8 Mio. €, davon ca. 2,5 T€ bereits ausgereicht).

Giebelstadt

Wegebaumaßnahmen zur Erschließung von 5 Ortsteilen mit geplanten Ausgaben von ca. 230 T€ (geplanter Zuschuss ca. 100 T€, Gesamtwegelänge ca. 2,1 km).

• Hammelburg

Flurneuordnung und Dorferneuerung Gauaschach 2 mit 62 ha Verfahrensfläche und geplanten Gesamtausgaben von ca. 1,6 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 900 T€, davon 500 T€ bereits ausgereicht).

• Eußenheim (Nähe Hammelburg)

Geplant ist die Durchführung der Dorferneuerung Münster.

Kitzingen

Flurneuordnung und Dorferneuerung Etwashausen mit 650 ha Verfahrensfläche und geplanten Gesamtausgaben von ca. 5,3 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 3,3 Mio. €, davon 2,7 Mio. € bereits ausgereicht).

Die Tabellen und Grafiken wurden original übernommen. Sie enthalten Form- und Rechtschreibfehler.

· Mellrichstadt

Flurneuordnung und Dorferneuerung Bahra 2, Flurneuordnungen Eußenhausen 3, Mellrichstadt 3, Sondheim i. Gr. und Dorferneuerung Mühlfeld 2 mit ca. 3.300 ha Verfahrensfläche und geplanten Gesamtausgaben von ca. 7,9 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 3,6 Mio. €, davon 2,5 Mio. € bereits ausgereicht).

Volkach

Flurneuordnungen Fahr und Volkach 2 mit 1.459 ha Verfahrensfläche und geplanten Gesamtausgaben von ca. 9,5 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 6,5 Mio. €, davon 6,3 Mio. € bereits ausgereicht). Geplant ist die Durchführung einer Dorferneuerung in Escherndorf.

• Nordheim a. Main (Nähe Volkach)

Flurneuordnungen Nordheim a. Main 4 und Nordheim a. Main 5 mit 265 ha Verfahrensfläche und geplanten Gesamtausgaben von ca. 5,3 Mio. € (geplanter Zuschuss ca. 2,6 Mio. €, davon 2,0 Mio. € bereits ausgereicht). Geplant ist die Durchführung einer Dorferneuerung in der Gemeinde Nordheim a. Main.

Wildflecken

Geplant ist die Durchführung einer Dorferneuerung in Oberbach.

Über alle Standortkommunen ergeben sich geplante Gesamtausgaben in Höhe von insgesamt ca. 35 Mio. € mit geplanten Zuschüssen in Höhe von ca. 20 Mio. €. Hiervon sind bereits 16,7 Mio. € ausgereicht. Die Ausgaben und Zuschüsse für die geplanten Vorhaben können noch nicht beziffert werden. Bei den geplanten Zuschüssen handelt es sich um vorläufige Planungsgrößen. Die tatsächlichen Zuschüsse sind abhängig von der weiteren Maßnahmenumsetzung, den jeweils verfügbaren Haushaltsmitteln und den geltenden Förderbestimmungen.